

Die linke Zeitung für Mittelsachsen

Im Internet direkt unter: [www.linksworte-mittelsachsen.de](http://www.linksworte-mittelsachsen.de)  
oder über die Seite des Kreisverbandes: [www.dielinke-mittelsachsen.de](http://www.dielinke-mittelsachsen.de)

# Mittelsächsische LinksWorte

17. OKTOBER 2018

NR. 134

12. JAHRGANG



FOTO: KERSTIN UFER

Auf dem Freiburger Schlossplatz fanden am 20. September die traditionelle Weltkindertags-Veranstaltung und der „Markt der Vielfalt“ statt. Mehr als 400 Mädchen und Jungen aus Schulen Freibergs und der näheren Region beteiligten sich auch in diesem Jahr, um auf ihre Rechte in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Mehr dazu in unserer heutigen Ausgabe.

Das bunte Bild darf nicht über die Probleme unserer Kreisstadt in der Migrationspolitik hinwegtäuschen. Nach der Debatte zum beantragten Zuzugsstopp für Flüchtlinge hat Oberbürgermeister Sven Krüger kürzlich seine Partei, die SPD, verlassen. Jetzt macht die Freiburger CDU mit Avancen an die rechtspopulistische AfD auf sich aufmerksam. Auch dazu mehr in dieser Zeitung.

## DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

**1.** debattiert:

DER KREISVERBAND DER LINKEN UND  
DIE WAHLEN IM KOMMENDEN JAHR

**2.** informiert:

DIE KREISTAGSFRAKTION DER LINKEN  
ZUM KREISTAG VOM 26. SEPTEMBER

**3.** berichtet:

DIE STADT TRIER WÜRDIGT DEN  
200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

2	editorial & aktuelle Veranstaltung
3	kolumne & kurzbericht aus freiberg
4/5	<b>titelthema 1: blick auf das superwahljahr 2019</b>
6/7	<b>titelthema 2: der kreistag vom 26. September 2018</b>
8	<b>titelthema 3: karl marx und trier</b>
9	debatte: freiberg in den schlagzeilen
10	unsere serie zur politischen bildung - beitrage -38 - : 100 Jahre novemberrevolution
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Schon wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende entgegen. Wir blicken - was die politische Arbeit des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN betrifft - bereits auf das „Super-Wahljahr 2019“ voraus. Gestartet sind wir mit einer Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden in Siebenlehn und einer Regionalkonferenz in Döbeln. Von beiden Beratungen berichten wir in unserem Titelthema -1-. Dort geben wir auch eine Übersicht, wie es in Vorbereitung der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr weitergeht.

Auf ein wichtiges Thema dieser Ausgabe haben wir bereits auf unserer Titelseite aufmerksam gemacht: Die politische Situation in unserer Kreisstadt Freiberg. Nachdem Freiberg bereits Anfang dieses Jahres dadurch bekannt wurde, dass sie einen Zugangsstopp für Migranten forderte, schlagen weitere Ereignisse hohe Wellen. Sven Krüger, Oberbürgermeister mit dem Parteibuch der SPD, verkündet seinen Parteiaustritt. Und der Vorsitzende des Stadtverbandes der CDU, Holger Reuter, sowie der Vorsitzende der CDU Kreistagsfraktion, Jörg Woidniok, vertreten in einem Interview mit dem Politmagazin „Kontraste“ die Auffassung, vor Wahlen Koalitionen, die dem Gemeinwohl Nutzen bringen würden, nicht von vornherein auszuschließen. Das zielte auf die AfD als möglichen Partner. Auf Seite -9- gehen wir ausführlich auf die „Freiburger Turbulenzen“ ein. So meldet sich Jana Pinka, als Landtagsabgeordnete auch im Freiburger Stadtrat aktiv, mit einem sehr persönlichen Standpunkt zu Wort, die von Reuter und Woidniok direkt angegriffen wurde.

Die Seiten der Linksfraktion im mittelsächsischen Kreistag - dafür sind in unserer Zeitung traditionell die beiden Mittelseiten reserviert - beschäftigen sich in dieser Ausgabe mit der Sitzung des Kreistages vom 26. September. Bemerkenswert, dass ein Antrag der LINKEN zur Ansiedlung junger Ärzte (ausführlich erläutert in unserer September-Nummer) im Kreistag eine deutliche Mehrheit fand. In unserem heutigen Heft auch der letzte Beitrag zur großen Landesausstellung von Rheinland-Pfalz zum 200. Geburtstag von Karl Marx.

Schon fast zum „Dauerbrenner“ ist unsere Serie zur politischen Bildung und Information geworden, inhaltlich maßgeblich bestimmt durch unser Redaktionsmitglied Achim Grunke. In unserer heutigen Ausgabe gibt es bereits den Beitrag -38- unserer Serie. Nachdem sie in diesem Jahr vor allem dem Geburtstag von Karl Marx gewidmet war, geht es in den kommenden drei Monaten um den dramatischen Herbst vor einhundert Jahren: dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution, dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Gründung der KPD. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

stecken wir im klimawandel ?

Die Frage „Stecken wir im Klimawandel“ stellten die Besucher zur öffentlichen Mitgliederversammlung des Freiburger Ortsverbandes der LINKEN, die am Samstag, 22. September, im Brauhaus stattfand. Die Antwort des Dresdner Diplommeteorologen und Schwabe-Preisträgers Wilfried Küchler war ein klares Ja. In einem Fachvortrag verdeutlichte der Klimaexperte, der bereits mehrere Klimamodelle für Sachsen schrieb, dass dies schon seit mehreren Jahrzehnten bekannt und wissenschaftlich erwiesen ist. Allerdings würden Politik und Lobbywirtschaft bis heute vor allem auch in Sachsen verhinderten, diese fundierten Erkenntnisse öffentlich zu machen. Mit aktuellem Zahlenmaterial verdeutlichte Küchler die derzeitigen Klimatrends, den sich schleichend vollziehenden Klimawandel und dass Sachsen 2018



Dipl. - Meteorologe WILFRIED KÜCHLER

tatsächlich den wärmsten Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen 1881 erlebte. Der CO2-Gehalt der Luft habe weltweit bereits ein Rekordhoch erreicht. „Die globale Lufttemperatur steigt stetig an, die Arktis wird noch in diesem Jahrhundert eisfrei sein, Eisbären wird es dann nicht mehr geben. Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürreperioden, Wirbelstürme und Großflächenbrände werden rapide zunehmen – Menschen werden ihren Lebensraum verlieren und flüchten müssen“, beschrieb Küchler die Folgen. In der anschließenden lebhaften Diskussion, die MdL Dr. Jana Pinka, umwelt- und ressourcenpolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE im Sächsischen Landtag, moderierte, wurde klar, dass dieser Prozess leider nicht mehr umzukehren ist, aber jetzt noch abgeschwächt werden kann. „Dazu bedarf es dem Verantwortungsbewusstsein der Politik weltweit, aber auch dem Mittun jedes Einzelnen. Es genüge nicht, sich auf die Veränderungen einzustellen, sondern sie müssten endlich aufgehalten werden und dafür steht die Uhr auf 5 vor 12.“

Dipl.-Meteorologe Wilfried Küchler war langjähriger Mitarbeiter beim Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. 2010 erhielt er den Kurt-Schwabe-Preis der Sächsischen Akademie der Wissenschaften Leipzig als Anerkennung seiner besonderen Leistungen bei der Entwicklung regionale Klimamodelle. (ku)

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 14. November 2018. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 7. November**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 12,00 Euro als Jahresbeitrag.  
Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ auch unter folgender Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**

Sparkasse Mittelsachsen  
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10  
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.  
Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

**Impressum**

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
Redaktion „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Lange Straße 34  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

**Layout und Satz:** **A•Bi•Te**  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23 b  
09557 Flöha/OT Falkenau

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

**Internet:** Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -

unser monatlicher  
aktueller meinungsbeitrag

Eine Erinnerung kommt auf. Der Kapitän eines italienischen Kreuzfahrtschiffes führt sein Schiff den Bewohnern einer Insel vor und schlitzt dabei den Rumpf an einem Unterwasser-Felsen auf. Als der Kahn untergeht, ist die Kommandobrücke leer.

Der prächtige Dampfer mit Namen DEUTSCHLAND fährt strahlend durch die Wellen und wird bewundert und beneidet. Doch die Bevölkerung an Bord sieht: Die Brücke ist leer. Das Gefühl der Führungslosigkeit ist wohl das Einzige, was die deutsche Gesellschaft noch eint. Und so kommt es, daß jeder macht, was er will. Und Keiner, was er müßte. Die Folge - es geht drunter und drüber. Der Berliner Flughafen mit den Herren Wowereit und Platzeck zeigt es noch deutlicher. Die Kapitäne sind nicht nur feige. Sie sind kriminell unfähig.

Oder kann man noch verstehen, was sich da unter der Überschrift ENERGIEWENDE abspielt. Eine Kanzlerin - von Beruf Physikerin und Spezialistin für Quantenphysik, mithin Jemand, der einschätzen kann: Energieerzeugung über die Spaltung von Uran-Kernen ist technologisch beherrschbar und technisch sicher - bricht die gute Strategie, nämlich die Kern-Kraftwerke abzuschalten, wenn andere Energie-Erzeugungsverfahren erprobt zur Verfügung stehen, ab. Und dies nur, weil die Japaner eines ihrer vielen Kernkraftwerke, auf eine tektonische Bruchzone und in ein Überflutungsgebiet gesetzt haben. Deutschland, das Land der Ingenieure und Unternehmer ist zu einer Irrenanstalt geworden. Mit dem Unterschied, daß dort die Arzt-Patienten-Relation stimmt.

Wir leben im 200. Geburtsjahr des großen Karl, der mit seinem Freund Friedrich eine Wissenschaft, nämlich die von der menschlichen Gesellschaft begründet hat. Und wie jede andere Wissenschaft erforscht sie die Regeln und Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich ihr Wissenschaftsobjekt bewegt. Diese Regeln und Gesetzmäßigkeiten gelten nicht nach Gottes Willen. Sondern sie gelten unabhängig vom Willen des Einzelnen objektiv und unabänderlich. Zugegeben - die Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Gesellschaft sind noch wenig erforscht. Aber den meisten Derjenigen, die wie ich im Gründungsjahr 1949 oder wenig später in die Schule gekommen sind, sollte bekannt sein, daß die Gesellschaft von etwas, das man gesellschaftliches Bewußtsein nennt, angetrieben wird. Folgerichtig ist auch, daß eine gesellschaftliche Führungskraft den Entwicklungsstand der Gesellschaft verstehen, fortschrittlich befördern und lenkend leiten muß. Tut sie das nicht, entsteht eine Kluft zwischen Führung und der geführten Gesellschaft. Dies ist eben zu besichtigen. Die Sehnsucht vieler nach Sinnhaftigkeit, Recht und Ordnung ist allenthalben zu spüren. Dazu gesellt sich die Wut auf die Anmaßung der Machtausübenden. Die Quittung wird (noch) über den Wahlzettel erteilt. In Chemnitz war die Entgleisung des Geschehens allerdings sehr nahe. (mm)

weltkindertag 2018 in freiberg: mit „becher-rap“ und „markt der vielfalt“ werden kinderrechte eingefordert

von KERSTIN UFER

Kinder brauchen Freiräume“ hieß das diesjährige Motto zum Weltkindertag. Damit riefen UNICEF Deutschland und das Deutsche Kinderhilfswerk die Bundes-, Landes- sowie Kommunalpolitikerinnen und -politiker auf, den Kindern und Jugendlichen mehr und bessere Möglichkeiten zur Beteiligung in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen. Die Meinungen und Belange bei Entscheidungen, die die junge Generation betreffen, sollen ernst genommen wer-

wieder am Kinderrechte Rap, um auf ihre Rechte in der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Nicht nur lautstark, sondern auch mit gemeinsam gestalteten Plakaten forderten sie die Rechte ein, die in der vor mehr als 25 Jahren von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben wurden. Dazu gehören das Recht auf Gesundheit, Bildung und Freizeit ebenso wie das Recht auf ein Leben ohne Gewalt, Gleichbehandlung und Frieden. Mitspracherecht und Freiräume für die junge Generation gibt es in Freiberg mit dem Kinder- und Jugendparlament zwar auch, allerdings finde MdL Jana Pinka, dass den Mädchen und Jungen hierbei noch wesentlich mehr



Alljährlich beteiligen sich die Mitglieder des Arbeitskreises Ausländer und Asyl am „Markt der Vielfalt“ und begrüßten die Kinder zum Basteln. Auch MdL JANA PINKA (rechts) schaute vorbei.

den und Wünsche sowie Ideen mehr Beachtung finden. Die LINKE fordert zudem die Umsetzung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahre zeitnah umzusetzen. Auf dem Freiburger Schlossplatz fanden am 20. September die traditionelle Weltkindertagsveranstaltung und der „Markt der Vielfalt“ statt. Mehr als 400 Mädchen und Jungen aus Schulen Freibergs und der näheren Region beteiligten sich auch in diesem Jahr

Entscheidungsfreiheit und Ideenspielraum gegeben werden sollte, um ihre Interessen auch in der Gesellschaft nachhaltig zu thematisieren und umzusetzen. „Dabei sollte man ihnen die Möglichkeit geben, selbst noch aktiver tätig zu werden, um politisches Interesse, Gemeinschaftsgefühl, Weltoffenheit und Toleranz zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen“, betont die Landtagsabgeordnete und Freiburger Stadträtin.



NACHDENKEN (S) - WERT(ES)

IN ALLEN VOM NEOLIBERALISMUS UMGEGRABENEN GESELLSCHAFTEN HAUST MASSENHAFTE WUT.

WOLFGANG ENGLER

DIE LEUTE, DIE NICHT ZU ALTERN VERSTEHEN, SIND DIE GLEICHEN, DIE NICHT VERSTANDEN HABEN, JUNG ZU SEIN.

MARC CHAGALL

DAS VORURTEIL IST DIE HOCHNÄSIGE EMPFANGSDAME IM VORZIMMER DER VERNUNFT.

KARL HEINRICH WAGGERL

Das „Super-Wahljahr“ 2019 rückt mehr und mehr in das Blickfeld der Arbeit des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN. Am 26. Mai des kommenden Jahres finden die Europa- und Kommunalwahlen statt und am 1. September 2019 wird ein neuer Landtag gewählt.

Der kreisliche Wahlstab hat sich konstituiert und wird Anfang November zu seiner nächsten Beratung zusammenkommen. Bereits am 18. September stand auf einer Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden die Vorbereitung der Kommunalwahlen im Mittelpunkt. Am 1. Oktober gab Mittelsachsen den Auftakt zu den 13 Regionalkonferenzen in Vorbereitung auf die Landtagswahlen. Im Kreisvorstand wurde am 10. Oktober im Zusammenhang mit der Auswertung des Landesparteitages ebenfalls über die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr gesprochen. Einen gewissen Abschluss dieser ersten Vorbereitungsstufe auf das Wahljahr 2019 wird der Kreisparteitag am 20. Oktober in Flöha bilden, auf welchem die Schwerpunkte des Kommunalwahlprogramms des Kreisverbandes vorgestellt und beraten werden. Ihre Verabschiedung bildet die Grundlage für das Kreiswahlprogramm, welches auf einem weiteren Kreisparteitag im Frühjahr beschlossen wird.

**mit blick auf den kreisparteitag - beratung stellt weichen in vorbereitung der wahlen 2019**

**A**m 18. September fand in Siebenlehn eine Beratung der Orts- und Basisgruppenvorsitzenden statt. Sie diente vor allem der Vorbereitung auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr. Leider war die Teilnahme sehr überschaubar - aus einigen Ortsverbänden waren keine Vertreter anwesend. Die Grundlage für die Debatte legte der Wahlkampfleiter Lars Kleba. Er erläuterte den „Fahrplan“ in Vorbereitung der Wahlen und konzentrierte sich dabei auf die nächsten Aufgaben. Die wichtigste ist zweifellos die Gewinnung von Kandi-

daten für die LINKE in den kommunalen Vertretungen. Die Debatte ergab ein sehr differenziertes Bild, was den gegenwärtigen Stand der Kandidatengewinnung betrifft. Der Kreisschatzmeister Hans Weiske informierte über die solide Finanzausstattung des Kreisverbandes und der Mehrzahl der Ortsverbände. An der Beratung nahm auch Marko Forberger teil, welcher den Kreis- und die Ortsverbände bei der Vorbereitung der Wahlen unterstützen wird. Er ist Koordinator der sächsischen Landesgruppe im Bundestag und verfügt damit über gute Verbindungen „nach oben“. (hw)



Zur Beratung der Vorsitzenden der Ortsverbände und Basisorganisationen wurde über die Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019 debattiert. Neben der langjährigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden **JANA RATHKE** aus Döbeln brachten sich auch der Wahlkampfleiter des Kreises, **LARS KLEBA**, (im Bild rechts) sowie der Koordinator der sächsischen Landtagsgruppe der LINKEN im Bundestag, **MARKO FORBERGER**, (im Bild links) in die Diskussion ein.



**Die linke mittelsachsen - auf dem weg zu den kommunalwahlen 2019**

**A**m 3. September hat der Wahlstab der LINKEN Mittelsachsen unter Leitung von Lars Kleba seine Arbeit aufgenommen. Er trifft sowohl politische als auch organisatorische Entscheidungen, die nicht in den Aufgabenbereich des Kreisvorstandes oder anderer satzungsmäßiger Gremien fallen. Neben der Kreisvorsitzenden Marika Tändler-Walenta arbeiten der Kreisschatzmeister Hans Weiske, Vertreter der Kreistagsfraktion, der Regionen Döbeln, Freiberg und Mittweida und Marko Forberger, Koordinator der sächsischen Landtagsgruppe der LINKEN im Bundestag, mit. Besprochen wurde die Vorbereitung der Veranstaltungen, die auf diesen beiden Seiten im Titelthema -1- zusammenfasst sind. Die nächste Beratung des Wahlstabes findet am 7. November statt. Dann wird der Terminkalender des Wahlstabes und der Finanzplan für die Wahlen beschlossen. Dazu kann bereits jetzt festgestellt werden, dass die Kreistagsfraktion und

die Mehrheit der Ortsverbände seit 2014 solide finanzielle Rückstellungen vorgenommen haben. Es stehen auch konkrete organisatorische Entscheidungen an, wie die Planung der Großflächen zur Europawahl und die Herausgabe einer Wahlkampfzeitung für alle Haushalte. Im kommenden Jahr finden monatliche Beratungen statt. Auf seinen Beratungen im Januar, Februar und März wird sich der Wahlstab vor allem mit der ständig zu aktualisierenden Übersicht der KandidatInnen der LINKEN für die Kommunal- und Landtagswahlen und der Bereitstellung der Flyern, Plakaten u.a. für die Kandidaten beschäftigen. Es werden Festlegungen zur Vorbereitung von Veranstaltungen zum 1. Mai getroffen. An diesem Tag wird der Kreisverband die heiße Phase des Wahlkampfes zu den Europa- und Kommunalwahlen „einläuten“. Bereits jetzt ist klar, dass die Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping, am 23. Mai - drei Tage vor dem Wahltermin - zu uns in den Kreis Mittelsachsen kommen wird. (hw)

der kreisverband mittelsachsen der linken gab den auftritt für die regional- und basiskonferenzen des sächsischen landesverbandes zur landtagswahl 2019



Bild: DIE LINKE, Lars Peters via Flickr | CC BY 2.0



**Abschnitt 2:** Der Vorstellungsteil für **RICO GEBHARDT** (im Bild links), der einzige Kandidat, der seinen Hut als Bewerber für die Spitzenkandidatur in den Ring warf. Die Fragen der Teilnehmer zog Landesgeschäftsführer **THOMAS DUDZAK** aus der Lostrommel.



**Abschnitt 1** der Regionalkonferenz in Döbeln: Der Arbeitsteil für die Aufstellung der Thesen. In den Gesprächsgruppen wurde engagiert diskutiert.

**D**er 14. Landesparteitag der sächsischen LINKEN am 25. August in Hoyerswerda hat den Weg frei gemacht für eine **Mitgliederbefragung** zu 15 Thesen mit den inhaltlichen Schwerpunkten zur Landtagswahl am 1. September 2019 und zur Spitzenkandidatur. Die Abstimmungsunterlagen zu diesen beiden Teilen des Mitgliederentscheids werden am 13. November versandt. Die Rücksendefrist der Unterlagen endet am 30. November 18 Uhr. Die parteiöffentliche Auszählung erfolgt am 1. Dezember, danach werden die Ergebnisse parteiöffentlich bekanntgegeben. In Vorbereitung dieser Mitgliederbefragung (ein Verfahren, welches im sächsischen Landesverband erstmals angewandt wird) finden zwischen dem 1. Oktober und dem 15. November 13 vom Landesvorstand organisierte regionale Konferenzen statt. Auf ihnen geht es in einem ersten Arbeitsabschnitt um die Entwicklung neuer und die Bearbeitung bereits eingegangener Thesen. Der zweite Teil der Konferenz sollte der Vorstellung der KandidatInnen dienen.

**U**nsere mittelsächsische Kreisverband der LINKEN gab am 1. Oktober den Auftakt zu den Regionalkonferenzen. Wir waren gewissermaßen das „Versuchskaninchen“ für die Tauglichkeit des Konzepts. Es fiel nach Meinung der leider nicht sehr zahlreichen Teilnehmer positiv aus. Es gab auch zwei Besonderheiten: erstens endete die Be-

werbungsfrist für die Spitzenkandidatur erst am darauffolgenden Tag und zweitens konnten in die Diskussion noch keine Thesen anderer Regionalkonferenzen einfließen. Zunächst wurde bekanntgegeben, welche Thesen mit inhaltlichen Schwerpunkten beim Landesvorstand bereits eingegangen waren. Davon konnte jeder Teilnehmer fünf präferieren. In vier Gruppen wurde herausgearbeitet, welche Probleme bzw. Schwerpunkte aktuell gesehen werden. Danach wurden daraus passende Thesen mit politischen Forderungen entworfen. Bereits formulierte Thesen wurden diskutiert und gemeinsam weiterentwickelt. Dabei war es nicht verwunderlich, dass Entwicklungsprobleme im ländlichen Raum die Debatte dominierten. Dann gab es die Vorstellung des Spitzenkandidaten Rico Gebhardt. Wie bereits gesagt, noch hätten sich bis zum nächsten Tag weitere Bewerber finden können, was aber nicht passierte. Die Anzahl der Fragen, die anonym in die Lostrommel wanderten, blieb überschaubar. Also ein Heimspiel ohne Gegenkandidaten. Was die formulierten Thesen betrifft, wurden sie gesammelt und gehen in die noch stattfindenden Konferenzen ein. Am 1. November wird die Antrags- und Redaktionskommission aus allen bis dahin gesammelten Thesen 15 auswählen, die in der Mitgliederbefragung zur Abstimmung gestellt werden. Auf den fünf Regionalkonferenzen, die im November stattfinden, werden diese diskutiert.

**entwurf der haushaltssatzung für den doppelkreishaushalt des jahres 2019/20**

Zum erstenmal wurde ein Doppelhaushalt erarbeitet. In der Verwaltung gab es bereits im Vorjahr Überlegungen dazu. Da man jedoch den gleichen Turnus wie das Land Sachsen erreichen wollte, wird der Doppelhaushalt erst für die Jahre 2019/20 eingeführt. Der Haushaltsplan soll im Dezember-Kreistag beschlossen werden. Der Entwurf wurde vorgestellt und in die Gremien bzw. Fraktionen zur Beratung überwiesen. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte der Haushaltsplan bereits jetzt ausgeglichen werden. Die Verwaltung plant die gleiche prozentuale Kreisumlage wie in den letzten Jahren. Diese liegt bei 31,65 %, wird jedoch durch die gute Entwicklung in den Städten und Gemeinden insgesamt um ca. 2 Mio. EUR höhere Einnahmen bringen. Da im Vorjahr einige Städte und Gemeinden gegen den Kreishaushalt Klage einreichten (Grund war die ungenügende Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden) wurde der Haushaltsplanentwurf in der Woche vor dem Kreistag an alle Städte und Gemeinden geschickt. Diese können bis 01.11.2018 ihre Stellungnahmen abgeben. Unsere Fraktion wird sich am 14. November in einer Extrasitzung mit dem Kreishaushalt beschäftigen.

**gewinn der kreissparkasse döbeln für das geschäftsjahr 2017**

Unsere beiden Kreissparkasse erwirtschaften jährlich einen Gewinn. Der Gewinn der Kreissparkasse Döbeln für das Jahr 2017 lag bei 734.870,25 EUR. Von diesen Gewinn gehen immer 35% in die Sicherheitsrücklage. Das sind 257.204,59 EUR. Neu ist das noch einmal ein Bewertungsgewinn aus Neuregulierung in die Sicherheitsrücklage geht. Dieser beläuft sich auf 22.376,00 EUR. Der verbleibende Gewinn in Höhe von 455.289,66 EUR muss noch versteuert werden. Somit fließen 367.731,67 EUR in den Kreishaushalt.

**maßnahmen zur umsetzung des sächsischen investitionskraftstärkungsgesetzes „invest schule“**

Der Landkreis erhält für seine Schulen ein Budget in Höhe von rund 5,1 Millionen EUR. Die Förderquote liegt bei 75%. Somit müssen 25% der Förderhöhe aus dem Kreishaushalt erwirtschaftet werden. Das sind rund 1,269 Millionen EUR Eigenanteil. In der tabellarischen Übersicht in der nächsten Spalte sind die vorgesehenen Maßnahmen zusammengefasst.

**antrag der cdu/rbv-fraktion zur förderung des kreisfeuerwehrverbandes mittelsachsen**

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es ca. 5.100 aktive Mitglieder in den Freiwilligen Feuerwehren. Zudem gibt es noch ca. 1.300 Jugendfeuerwehrangehörige. Von Seiten des Landkreises liegt die Förderung seit 2009 jährlich bei 35 TEUR. Davon wird eine 450-EUR-Stelle bezahlt, Jugendfeuerwehrwettbewerbe organisiert, Verbandsarbeit in Form von Beratung der Mitglieder geleistet etc. Die Kosten haben sich in allen Bereichen erhöht. Mit Einführung des Mindestlohns kam es zu einer erheblichen Arbeitszeitverkürzung. Zudem wird es durch den Generationswechsel im Vorstandsbereich notwendig, mehr Stunden zu vergüten. Viele Vereine werden unter anderem bei Fördermittelanträgen beraten. Das ist sehr zeitaufwendig und erhöht zusätzlich den Personalbedarf. Die CDU-Fraktion beantragte eine Aufstockung der Mittel durch den Landkreis um 25 TEUR. Unsere Fraktion stand voll hinter dem

Antrag, wollte jedoch eine weitere Erhöhung des Zuschusses. Das war auch das Anliegen der SPD-GRÜNEN-Fraktion. Die Mehrheit des Kreistages entschied die Förderung komplett zu verdoppeln. Damit erhält der Kreisfeuerwehrverband Mittelsachsen eine Förderung von 70 TEUR jährlich. Wir hoffen damit die Nachwuchsgewinnung und somit den Bestand der Freiwilligen Feuerwehren in unserem Landkreis entsprechend zu würdigen und personell zu sichern.

Maßnahme	Kurzbeschreibung	Baukosten
Fachschulzentrum für Geistigbehinderte Flöha	Außenanlagen (Sanierung Grundstücksentwässerung, Neugestaltung Wegführung, Errichtung Bolzplatz, Weitsprung- und Kugelstoßanlage, Ulmbau und Ertüchtigung Spielplatz und Stellflächen)	1,060 Mio.
Berufliches Schulzentrum Döbeln-Mittweida I.V.m. Förderschule (ehemals Zettlitz)	Gestaltung eines „grünen“ Klassenzimmers, Gestaltung von Wegenanlagen und Errichtung einer Regenoberflächenrückhaltung, Einbau eines Multifunktionssportfeldes, Schaffung eines Schulgartens	0,982 Mio.
Gymnasium Rochlitz	Errichtung einer Kleinsportanlage mit drei Kleinfeldspielflächen und Leichtathletikanlagen (60-Meterlauf, Weitsprung, Kugelstoßen)	0,900 Mio.
Fachschulzentrum Freiberg - Zug	Ersatzneubau einer Sporthalle, Ertüchtigung von Unterrichts- und Verwaltungsräumen, Schaffung von Barrierefreiheit, allgemeine brandschutz- und sicherheitstechnische Ertüchtigung	2,133 Mio.

**vorschlagliste des landkreises mittelsachsen für die wahl der ehrenamtlichen richter am verwaltungsgericht chemnitz für die geschäftsjahre 2019 bis 2023**

Der Landkreis kann insgesamt 42 Vorschläge machen. Es hatten sich 40 Personen für diese doch sehr anspruchsvolle ehrenamtliche Tätigkeit gemeldet. Ehrenamtliche Richter wirken bei der mündlichen Verhandlung und der Urteilsfindung mit den gleichen Rechten wie Richter mit. Somit ist ein erheblicher Bildungsaufwand verbunden. Die vorgeschlagenen Personen des Landkreises werden durch den beim Verwaltungsgericht Chemnitz gebildeten Ausschuss noch einmal gewählt. Bei Durchsicht der Liste fiel einigen Kreisräten ein Name ins Auge. Diese Person, Sandro Kempe, saß in der letzten Legislatur für die NPD im Kreistag und fiel einige Male durch seine Diskussionsbeiträge negativ auf. Auf Antrag wurde deshalb nicht über die komplette Liste, sondern jede Person einzeln abgestimmt. Die deutliche Mehrheit des Kreistages war gegen diesen Vorschlag. Alle anderen Personen wurden gewählt.

**unterbringungs- und integrationsbericht mittelsachsen**

Dieser Bericht soll das von unserer Fraktion jedoch auch von Seiten der SPD-GRÜNEN-Fraktion geforderte Integrationskonzept ersetzen. Der Landkreisverwaltung ist das auch ganz gut gelungen. Über ein Konzept hätten wir uns jedoch auch mehr Entscheidungsräume erhofft. Der Integrationsbericht ist mit 160 Seiten sehr umfangreich. Er wurde in die

folgenden neun Handlungsfelder unterteilt:

1. Ankommen im Landkreis – Unterbringung und Erstorientierung für Geflüchtete
2. Wohnen und Wohnumfeld
3. Spracherwerb und Verständigung
4. Kinderbetreuung und Schulbildung
5. Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktintegration
6. Gesundheitliche Versorgung
7. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Ehrenamt
8. Anti-Diskriminierung und Gleichstellung
9. Interkulturelle Öffnung und interkultureller Dialog

Gern kann der Leser sich den Integrationsbericht in unserer Geschäftsstelle anschauen.

Zum Bericht hat es eine Diskussion gegeben. Dabei bemängelte unsere Fraktion das Vorgehen des Bundesamtes für Migration. Es hat in den letzten Monaten Abschiebungen von sehr gut integrierten Menschen, ja ganzen Familien statt gefunden. Und das nur, weil sie greifbar waren. Im Gegensatz wird von der Abschiebung von „Problemfällen“ in der Regel abgesehen, weil das einen erheblichen Aufwand verursacht. Das hat unter anderem auch der Landrat bestätigt und nicht für gut befunden.

### antrag unserer fraktion zur gewährung finanzieller unterstützung medizinstudierender

Der Wortlaut unseres Antrages konnte bereits in der letzten Ausgabe der LinksWorte gelesen werden.

Um noch einmal Unterstützung für den Antrag zu finden, haben wir an Hand von deutlichen Zahlen den Engpass bei der medizinischen Versorgung im Landkreis Mittelsachsen aufgezeigt.

Im Vorfeld des Kreistages haben einige Fraktionen sich dahingehend geäußert, dass man doch die Planungshoheit bei der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) belassen solle. Etwas anderes haben wir nie gewollt. Trotz des Rückgangs der Bevölkerung unseres Landkreises allein von 2015 bis 2018 um ca. 3.000 Einwohner, gibt es einen leichten Mehrbedarf an Mediziner. denn durch die Alterung der Bevölkerung werden auch mehr Ärzte benötigt. Dies wird in den Planungszahlen der KVS berücksichtigt.

Aktuell gibt es in unserem Landkreis 32 offene Hausarztstellen. Zudem fehlt es an Ärzten in unseren Krankenhäusern. Im Freiburger Krankenhaus sind aktuell 18 Arztstellen und weitere 4 Arztstellen in angegliederten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) ausgeschrieben. Im Mittweidaer Krankenhaus fehlen 6 Ärzte zusätzlich noch 6 Ärzte für MVZ. Selbst unser Landratsamt, dass unter anderem für die Durchführung von Schuluntersuchungen gesetzlich verpflichtet ist, sucht 3 Amtsärzte. Das Fazit sieht denkbar schlecht aus. Die jungen Leute, die Medizin studieren, wollen einfach nicht in unserem Landkreis arbeiten, weder selbstständig und auch nicht angestellt als Arzt oder Amtsarzt mit geregelten Arbeitszeiten. Statt dessen bleiben sie in der Nähe ihres Studienstandortes. Denn in Leipzig und Dresden, den Universitätsstädten, in denen Mediziner ausgebildet werden, gibt es eine Überversorgung mit Ärzten. Die Situation in unserem Landkreis wird sich noch weiter verschlechtern, weil viele Ärzte in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen und eine Praxismachfolge ungeklärt ist.

Es gibt seitens den Freistaates Sachsen Förderprogramme zur Gewinnung ärztlichen Nachwuchses. Diese richten sich hauptsächlich auf Selbstständigkeit aus. Auch unser Landkreis ist Fördergebiet dafür. Wir sind der Meinung, dass diese Maßnahmen nicht ausreichend sind. Deshalb wollen wir junge Medizinstudenten an unseren Landkreis binden und haben mit diesem Antrag erst einmal die Weichen gestellt.

Unser Prüfantrag wurde mehrheitlich angenommen. Es gab bei 52 Stimmen für den Antrag nur 8 Gegenstimmen bei 2 Enthaltungen. Jetzt kommt dieser Antrag zum Kreistag im März 2019 erneut auf die Tagesordnung. Bis dahin muss die Landkreisverwaltung die Realisierbarkeit prüfen.

Als zusätzliche Maßnahme wurde jedoch auch in der Diskussion zum Kreistag deutlich, dass deutlich mehr Ärzte in Sachsen ausgebildet werden müssen. Deshalb sollte die LINKE Landtagsfraktion prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen bzw. Anträge möglich sind.

## zur gründung der kpd

*Im Januar zitierten wir aus der Übersicht über historische Ereignisse und Jahrestage der Historischen Kommission beim Parteivorstand der LINKEN. Im Mittelpunkt neben dem 200. Geburtstag von Karl Marx dabei der 100. Jahrestag der Novemberrevolution und des Endes des Ersten Weltkrieges. Zur Jahreswende 1918/1919 wurde die KPD gegründet. Die Historische Kommission beschloss aus Anlass des 100. Jahrestages eine umfangreiche Erklärung, aus der wir im folgenden die ersten Abschnitte zitieren. Wir verweisen auch auf den Artikel von Achim Grunke in unserer Serie zur politischen Bildung auf Seite -10-.*

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 31. Dezember 1918 und 1. Januar 1919 im Festsaal des Preußischen Landtags in Berlin war eine folgenreiche Zäsur in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Sie war der Abschluss und Höhepunkt eines fast zwei Jahrzehnte andauernden Prozesses, in dessen Verlauf sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie mehrere, letztlich unvereinbare prinzipielle Richtungen herausgebildet hatten, deren weltanschauliche und politisch-praktische Differenzen die verbliebenen Gemeinsamkeiten dauerhaft überwogen. Vergleichbare Prozesse vollzogen sich zeitgleich auch in den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder.

Die Feststellung Rosa Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD »Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner« (1) signalisierte den Anspruch und das Selbstverständnis der neuen Partei, Erbin und Fortsetzerin der revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu sein, die in ihrem Verständnis von der Sozialdemokratie spätestens mit der Burgfriedenspolitik in den Jahren des Ersten Weltkriegs endgültig aufgegeben worden waren.

Die Gründung der KPD erfolgte auf dem Höhepunkt der Novemberrevolution, in einem Augenblick, als die grundsätzlichen Entscheidungen über Weg und Ziel des großen gesellschaftlichen Umbruchs am Ende des Ersten Weltkriegs bereits gefallen waren. Die neugegründete Partei, die gerade erst begonnen hatte, sich über ihre Programmatik zu verständigen und eine eigene Organisation zu schaffen, war nicht in der Lage, nachhaltigen Einfluss auf die Weiterführung der Novemberrevolution und die Kämpfe zu ihrer Verteidigung zu nehmen.

Bereits die Ablehnung einer Teilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 – gegen dem erklärten Willen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – war ein erstes deutliches Zeichen dafür, dass die KPD in ihrer Gesamtheit nicht bereit und in der Lage war, die Errich-

tung der Weimarer Republik als das wesentliche und wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution zu begreifen und zu akzeptieren, das zwar keinen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutete, aber einen Zugewinn an politischen Rechten und Freiheiten brachte, von dem auch die Arbeiterklasse profitierte, als deren Repräsentantin und Interessenvertreterin sich die KPD verstand.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Eugen Leviné und anderen herausragenden Persönlichkeiten der KPD im Verlaufe der ersten Monate des Jahres 1919 beraubte die junge Partei jener Kräfte, die durch ihre politische Autorität und ihre intellektuellen Fähigkeiten in der Lage gewesen wären, die notwendigen programmatischen Klärungsprozesse innerhalb der Partei zu organisieren und zu führen. Dennoch gelang es der KPD unter dem maßgeblichen Einfluss von Paul Levi auf ihrem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919, »Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik« [3] durchzusetzen, die eine – vorübergehende – Absage an ultralinke Positionen bedeuteten.

So konnte sich die KPD, nach anfänglichem Zögern ihrer Führung, im März 1920 in die Massenkämpfe zur Niederschlagung des Kapp-Putsches und zur Verteidigung der Weimarer Republik einreihen.

Durch den Zusammenschluss mit dem mitgliederstarken linken Flügel der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im Dezember 1920, wurde die KPD zur Massenpartei. Für einen kurzen historischen Augenblick eröffnete sich die Möglichkeit, die KPD unter der Führung von Paul Levi und Ernst Däumig zu einer linkssozialistischen Partei zu entwickeln, die nicht dem bolschewistischen Parteimodell folgte.

(1) Rosa Luxemburg, Über Programm und politische Situation, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin (DDR) 1974, S. 488-513, hier: S. 494.

Anfang Juni fuhr ich für drei Tage nach Trier. Es war bereits mein vierter Besuch in der ältesten und bestimmt auch einer der schönsten Städte Deutschlands. Im Mittelpunkt stand dabei bisher für mich immer das einzigartige UNESCO-Welterbe mit den römischen Baudenkmalern, allen voran der Porta Nigra und der Konstantinbasilika, sowie dem im Kern romanischen Dom und der frühgotische Liebfrauenkirche. Zweimal besuchte ich allerdings auch das Geburtshaus von Karl Marx, aber mehr als „Zugabe“ zu meinen Städte-Reise.

Diesmal aber war Trier vor allem deshalb mein Ziel, weil Karl Marx vor 200 Jahren hier geboren wurde. Ich war beeindruckt, wie sich die Stadt im „tiefsten Westen“ auf das Jubiläum vorbereitet hat, obwohl Karl Marx nur bis zu seinem 17. Lebensjahr hier aufwuchs, das Gymnasium besuchte und das Abitur ablegte. Später kehrte er, im Gegensatz zu seiner späteren Ehefrau Jenny von Westphalen kaum nach Trier zurück.

Noch bis zum 21. Oktober ist die Große Landesausstellung von Rheinland-Pfalz zu sehen, die dem Leben und Werk von Karl Marx gewidmet ist. Aus diesem Anlass führt eine Bildungsreise des Landesvorstandes der LINKEN vom 19. bis 21. Oktober nach Trier, an welcher auch Genossinnen und Genossen aus dem mittelsächsischen Kreisverband teilnehmen.

Mitte August zogen die Veranstalter ihre „100-Tage-Bilanz“. Bis dahin sahen seit dem 5. Mai rund 80.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen an den vier Standorten in Trier. Bis Anfang September haben mehr als 40.000 Menschen das Rahmenprogramm - Open-Air Filme, Revue, Lesungen u.a. - besucht. Seit der Juni-Nummer der mittelsächsischen LinksWorte habe ich über meinen Trier-Besuch berichtet. Heute folgt nun Teil -5- meines Reiseberichtes. Zum Schluss geht es in die Ausstellung im Stadtmuseum Simeonstift in Trier - eine der beiden neben dem Rheinischen Landesmuseum gezeigten Ausstellungen der Großen Landesausstellung - die unter dem Motto „Karl Marx - Stationen eines Lebens“ steht.



Ausschnitt aus der großen Informationstafel im Treppenhaus der Ausstellung. Es zeigt die wichtigsten Stationen des bewegten Lebens von Karl Marx zwischen seiner Geburt in Trier am 5. Mai 1818 und seinem Tod im Londoner Exil am 14. März 1883.

Wichtige Stationen eines Lebens:

- 1818 bis 1835: Kindheit, Schule und Gymnasium in **Trier**
- 1835 bis 1841: Studium in **Bonn** und **Berlin**
- 1841 bis 1843: **Köln**
- 1843 bis 1845: **Paris**
- 1845 bis 1849: **Brüssel**
- 1849 bis 1864: Exil in **London**
- 1864 bis 1872: u.a. mit Friedrich Engels in **Manchester**
- 1872 bis 1883: **London**

Karl Marx verbrachte mehr als die Hälfte seines Lebens in London.



Der Eingang zum Simeonstift befindet sich direkt zwischen der Porta Nigra und der Tourist-Information (oberes Bild). Auf dem unteren Bild ist der zweigeschossigen Kreuzgang im Innenhof des Simeonstifts zu sehen. Dahinter befinden sich die Ausstellungsräume der Landesausstellung und der Dauer-ausstellung des Stadtmuseums Trier.

### mein reisebericht aus trier - teil -5-

Mein Bericht im September war dem Besuch des Karl-Marx-Hauses am „Super-Samstag“, dem 9. Juni, gewidmet. Von dort ging es am späten Vormittag per pedes quer durch die reizvolle Innenstadt von Trier direkt zum Stadtmuseum im ehemaligen Simeonstift. Der Simeonstift war ein nach 1035 unmittelbar neben der Porta Nigra gegründeter Kollegiatstift, welcher im

die beiden Geschosse des Kreuzganges verbindet und im Kreuzgang selbst durfte zur Kamera gegriffen werden.

In der Ausstellung werden wichtige Entwicklungen und Wendepunkte im Leben von Karl Marx anhand der Stationen anschaulich dargestellt. Es wurden u.a. folgende Fragen beantwortet:

- Welche Rolle spielten Trier, Berlin,



Jahr 1802 aufgehoben wurde. Zwischen dem 11. und frühen 19. Jahrhundert umschloss die zum Stift gehörige Kirche die Porta Nigra.

Im Simeonstift wird unter dem Titel „Stationen eines Lebens“ der Lebensweg von Karl Marx nachgezeichnet. Leider war hier das Fotografieren, wie auch im Rheinischen Landesmuseum Trier, nicht erlaubt. Nur im Treppenhaus, welches

Paris, Brüssel und London im Leben von Karl Marx und seiner Familie?

- Welche Personen und Umstände prägten den Denker Karl Marx?
- Wie stand Karl Marx zu seinen Bewunderern und Kritikern?

Auf fast 600 m² Ausstellungsfläche wurden persönliche Zeitdokumente und Lebensschilderungen präsentiert.



## freiberg - unsere kreisstadt kommt nicht aus den schlagzeilen

*Freiberg macht seit Monaten politisch von sich reden. Jetzt ist die Liste der Fehlritze des CDU-Führungsduos Reuter/Woidniok erweitert worden: In einem Beitrag für das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ wurde an einem Tabu gerüttelt. Schnittmengen zwischen der CDU und der AfD sehen sie u.a. in der inneren Sicherheit und der sozialen Marktwirtschaft. Unsere Landtagsabgeordnete Jana Pinka setzt sich seit Monaten engagiert gegen den Antrag auf Zuzugsstopp für Migranten in Freiberg und die Gedankenspiele für Koalitionen mit der AfD auseinander. Während Reuter und Woidniok Koalitionen, die „dem Gemeinwohl Nutzen bringen“, nicht ausschließen wollen, haben sie zur Zusammenarbeit mit der LINKEN ihre eigene Meinung. Für sie „schießt Stadträtin Jana Pinka, wie so oft, wieder einmal deutlich übers Ziel hinaus“. Und weiter: „Offensichtlich ist Frau Pinka enttäuscht, dass wir als Freiburger Christdemokraten klar und unmissverständlich eine Koalition mit den SED-Nachfolgern nicht befürworten, aber auch das gehört zu den demokratischen Spielregeln. Wir haben nicht vergessen, was vierzig Jahre kommunistische Herrschaft für unsere Stadt Freiberg bedeutet hat“. Aus aktuellem Anlass bringen wir einen Beitrag von Achim Grunke unter der Überschrift „Nachgehakt“ und einen Standpunkt von Jana Pinka.*

### Nachgehakt

Von **ACHIM GRUNKE**

**A**us der Union kommen einzelne Stimmen, die eine Koalition mit der AfD in Erwägung ziehen und es sich vorstellen können, dass die AfD dauerhaft die FDP ersetzen könnte, so die Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU) und Georg Nüsslein (CSU) in „Spiegel Online“. Auch aus der Freiburger CDU waren jüngst ähnliche Auffassungen zu vernehmen. Dem Interview für das des ARD-Magazins Kontraste vom 13. September war zu entnehmen, dass Jörg Woidniok eine gemeinsame Schnittmenge mit der AfD in Fragen der inneren Sicherheit und der sozialen Marktwirtschaft sehe. Ob er hier auch das von Herrn Meuthen auf dem letzten AfD-Parteitag vorgetragene Rentenkonzept (alle sollen sich privat versichern) mit einschließt, bleibt da zumindest offen. Und Holger Reuter meinte in dem Interview, „wenn sich die AfD fachlich weiterentwickelt und ein stabiler Faktor in der Politiklandschaft wird, sollte man die Überlegung, mit der AfD eine Koalition abzuschließen, nicht von vornherein ausschließen.“ Da niemand bestreiten wird, dass die AfD inzwischen ein stabiler Faktor in der Politiklandschaft geworden ist, wäre ja schon mal eine Bedingung für eine Koalition mit ihr erfüllt. Was aber ist mit der kryptischen Formulierung „wenn sich die AfD fachlich weiterentwickelt“ gemeint? Wohin soll sich die AfD hier „fachlich“ weiterentwickeln? Wenn überhaupt über Koalitionen

mit der AfD nachgedacht wird, wäre doch zuerst als Bedingung an die AfD eine klare Abgrenzung zur völkisch-nationalistischen Ideologie und jeglichem Rechtsextremismus zu stellen, zumal die AfD seit dem Verlassen des Lucke-Flügels und dann noch mal seit dem Weggang von Frau Petry einen Prozess der Selbstradikalisierung nach rechts außen durchgemacht hat und nicht in Richtung FDP marschiert. Ist denn für Holger Reuter und Jörg Woidniok so eine gemeinsame wertebasierte Politik mit der AfD vorstellbar? Ist denn nicht bekannt, dass die Ideologie des völkischen Nationalismus das geistige Treibmittel war, um im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege zu entfesseln und die Welt ins Unglück zu stürzen?



*Die einfältige Menge lässt sich ohne großes Überlegen vom Blendenden gefangen nehmen*

*Nicolaji Wassiljewitsch Gogol*

### Ich werde nicht leise sein ... ,

**S**eit fast 55 Jahren lebe ich in Freiberg - Hier kam ich zur Welt, hier ging ich zur Schule und knüpfte unzählige Freundschaften, hier lebt meine Familie. Und hier werde ich wohl auch meine letzte Ruhe finden. Ja, Freiberg möchte ich nie verlassen! Und obwohl ich meiner Heimatstadt so sehr verbunden bin, wurde ich von meinen Eltern frühzeitig mit einem ideellen Leitbild ausgestattet, wonach alle Menschen gleich sind, wonach es keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt, zwischen Heterosexuellen und Homosexuellen, keinen zwischen Schwarzen und Weißen, Menschen mit Behinderung, Arbeitern, Unternehmern, Professoren oder Künstlern. Menschen anderer Nationen und anderen Glaubens waren mir niemals fremd, denn ich studierte an der Bergakademie und auch meine Dienstreisen weltweit haben ihren Teil dazu beigetragen. Ich erlebte als Freiburgerin Gastfreundschaft, Respekt und Herzlichkeit in allen Teilen der Welt und entwickelte vielleicht gerade deshalb ein noch stärkeres Verhältnis zu meiner Heimatstadt. Besonders aus diesem Grund habe ich angesichts der aktuellen Ereignisse den Eindruck, dass meine Heimatstadt, die mich all die Jahre mit diesen Gedanken und dieser Weltsicht geprägt hat, offenbar in Gefahr ist, einen Großteil ihrer Liebeshwürdigkeit, ihrer Offenheit, ihrer Toleranz und ihrer Mitschlichkeit zu verlieren! Der Mensch ist als Individuum weder gut noch schlecht; jeder Mensch hat Stärken und Schwächen, Stärken, die er für die Gemeinschaft einsetzen, Schwächen, an denen man gemeinsam arbeiten kann. Dazu bedarf es der Begegnung, des Gesprächs, des Zuhörens und des Sprechens, nicht des Vortrags, der Polemik und der Unsachlichkeit sowie persönlicher Beleidigungen und Hetze. Es bedarf Begegnungen auf „Augenhöhe“, während derer die Freizeitbeschäftigung, die Interessen, die Religion oder der Beruf keine Rolle spielen, sondern tatsächlich der Mensch - seine Bedürfnisse, seine persönliche Entwicklung und auch seine

Entwicklung in der Gesellschaft Gegenstand des Verständigens sind. Es bedarf aber auch sachlicher Diskussionen und die Toleranz unterschiedlicher Meinungen. Damit meine ich nicht das Tolerieren faschistischen Gedankengutes, offener Gewalt, mutwilliger Zerstörung materieller Werte und des Terrors. Für meine Heimatstadt Freiberg wünsche ich mir eine Führung, die Menschen zueinander führt, nicht auseinander. Zuzugsstopp, Massenunterkünfte, Video-Überwachung und Verbote jeglicher Art sind dafür keine geeigneten Maßnahmen. Begrüßenswert ist, wenn Politik und Verwaltung, aber auch die Hochschule sowie andere öffentliche Begegnungsstätten ihre Möglichkeiten nutzen, um demokratische Meinungsbildungsprozesse zu fördern. Wir brauchen das „Theater als Ort der Demokratie“! Wir brauchen Plätze für junge Menschen, wo sie ihren Interessen nachgehen, sich treffen, Musik hören und auch mal bis in die Morgenstunden miteinander feiern können! Muss Jugend an den Rand der Stadt verbannt und so der

**Gemeinsam und sachlich für ein weltoffenes, tolerantes Freiberg ohne Hetze und Gewalt!**



erste Schritt getan werden für deren Wegzug? Ich vermissе Unternehmerinitiativen, die Flüchtlingen eine berufliche Chance geben. Wo bleibt jene Solidarität, die wir alle schon einmal selbst erfahren haben? Ich weiß, dass es in Freiberg mittlerweile viele Initiativen, Vereine und Einzelpersonen gibt, die sich für ein buntes, weltoffenes und liebenswertes Miteinander in unserer Stadt engagieren. Danke für diese wertvolle Arbeit, die leider von Politik und Gesellschaft noch immer nicht genügend wertgeschätzt wird.

Freiberg hat in den letzten acht Jahrhunderten geradezu durch Zuwanderer gelebt und sich entwickelt. Viele davon waren und wurden bedeutend für die Stadt. Der Gedanke meiner Eltern, dass alle Menschen gleich sind, dass man Menschen aufnimmt und mit ihnen gemeinsam entwickelt, eine Gemeinschaft entwickelt, eine Stadt, unsere Stadt, hat mich bis heute begleitet und wird es auch weiterhin tun.

Liebe Grüße und ein herzliches Glückauf! Dr. Jana Pinka

## zur deutschen novemberrevolution 1918

von ACHIM GRUNKE

**A**m 27. September 1918 verlangte General Erich Ludendorff, der Erste Generalquartiermeister der obersten deutschen Heeresleitung, dringend ein Waffenstillstandsgesuch binnen vierundzwanzig Stunden, mit der ausdrücklichen Begründung, dass er nicht mehr dafür garantieren könne, eine militärische Katastrophe an der Westfront für mehr als vierundzwanzig Stunden abzuwenden. Am 4./5. Oktober richtete schließlich der Reichskanzler Prinz Max von Baden ein erstes Waffenstillstandsgesuch an die Ententemächte, dem sie dann mit Bedingungen am 5. November zustimmten. Erst am 3. November begann mit der Erhebung der Kieler Matrosen die Novemberrevolution, und am 9. November wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Der Krieg war also bereits verloren, als die Novemberrevolution begann. Ludendorff und alle politischen Reaktionäre werden das später mit der „Dolchstoßlegende“ genau umkehren, mit der Behauptung, die „Novemberverbrecher“ seien Schuld an der Kriegsniederlage und werden dreist beschwören, nicht im Felde sei das deutsche Heer besiegt, sondern von hinten erdolcht worden.

## von kiel nach berlin

Die deutsche Novemberrevolution begann mit einer Meuterei der Matrosen der Hochseeflotte gegen die Flottenführung. Was war geschehen? Die deutsche Seekriegsleitung hatte hinter dem Rücken der Reichsregierung das Vorhaben geplant, die gesamte Flotte in einem „heldenhaften Endkampf“ gegen England am 30. Oktober auslaufen zu lassen. Genau besehen, war das eine Meuterei der Flottenführung gegen die Regierung und ihre Politik mit dem Waffenstillstandsgesuch. Doch die Matrosen verspürten keine Lust mehr darauf, noch mal die Helden spielen zu müssen und meuterten nun gegen die Meuterei der Seekriegsleitung. Die in Wilhelmshaven vor Anker liegende Kriegsflotte wird am auslaufen gehindert, die Mannschaften mehrerer Schiffe widersetzen sich und haben das Feuer in den Kesseln gelöscht. Zur Abschreckung lässt die Flottenleitung an die zwei Hundert sich auflehrende Matrosen festsetzen. Sie werden mit dem III. Geschwader durch den Nord-Ostsee-Kanal nach Kiel verbracht, wo auf sie das Kriegsgericht wartet. Doch in Kiel spitzt sich die Lage zu. Am 3. November versammeln sich gut sechs Tausend Demonstranten auf dem großen Exerzierplatz. Die Matrosen des III. Geschwaders sinnen auf die Befreiung ihrer festgenommenen Kameraden. Es fallen Schüsse, die Revolution hat ihre ersten Toten. In der Nacht zum 4. November bilden sich auf den Schiffen die ersten Soldatenräte. Die Forderungen heißen u.a.: Abdankung des Kaisers, Aufhebung des Belagerungszustands, sofortiger Frieden, Freilassung aller inhaftierten Kameraden und politischen Gefangenen, allgemeines und gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter. In den Folgetagen werden weitere Städte von der Revolution ergriffen: Hamburg, Bremen, Wilhelmshaven, Oldenburg, Köln, Hannover, Braunschweig, Leipzig, Chemnitz. Am 7. November wird der König von Bayern als erster Monarch vom Thron gestürzt und die Republik ausgerufen. In Berlin hatten die

Revolutionären Obleute der Großbetriebe, eine Gruppe von ungefähr hundert Männern, am 4. November einen Aufstand in Berlin für den 11. November vorbereitet und Pläne zu einem Handstreich auf die Regierungszentren entworfen, waren aber nun von den Ereignissen überrollt worden. Am 9. November nimmt die Revolution in Berlin ihren Lauf. In riesigen Marschkolonnen strömen die Arbeiter aus den Fabrikvierteln auf das Zentrum zu, ohne auf Widerstand des Militärs zu stoßen. Die dem Berliner Oberkommandierenden General von Linsingen unterstellten Truppen versagen den Gehorsam. Angesichts der Tatsache, dass der größte Teil der Truppen nicht schießen werde, hatte Linsingen unter dem Druck der Verhältnisse, dann selbst befohlen: „Truppen haben nicht von den Waffen Gebrauch zu machen, auch nicht bei Verteidigung von Gebäuden.“ Als am frühen Nachmittag des 9. November die Massen das Reichstagsgebäude erreichten, trat der SPD-Abgeordnete Philipp Scheidemann an ein geöffnetes Fenster und verkündete: „Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!“ Stunden später wird Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Schlosses die „freie sozialistische Republik Deutschland“ ausrufen, was aber für den realen Fortgang der Geschichte ohne Bedeutung bleiben wird.

Die Revolution war in Berlin bis dahin so friedlich verlaufen wie überall. Wenn Blut vergossen wurde, dann ging die Gewalt nicht von den Revolutionären aus, sondern von der Gegenrevolution.



## die räte und die regierung

Unter dem Druck der Verhältnisse sah sich der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden gegen 17 Uhr des 9. November genötigt, das Amt zur Verfügung zu stellen und unter der Hand an den SPD-Abgeordneten Friedrich Ebert zu übergeben. Vorher hatte er noch die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. ohne dessen Einwilligung bekanntgegeben.

Noch am späten Abend kommt es zu einer Verständigung über die Bildung einer vorläufigen Regierung zwischen der SPD und der von ihr seit 1916 abgespaltenen USPD. Gleichzeitig hatten sich aber die Berliner Revolutionären Obleute, Soldaten und USPD-Mitglieder im Reichstag versammelt, um für den Nachmittag des nächsten Tages, eine Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Kuppelbau des Zirkus Busch vorzubereiten. In dieser Versammlung sollte die neue Regierung bestätigt werden. Dazu mussten aber schleunigst bis zum Mittag des 10. November die

Delegierten für die Vollversammlung gewählt werden. Die in der SPD-Parteizeitung Vorwärts in ihrer Morgenausgabe vom 10. November verbreitete Losung „Kein Bruderkampf!“ traf mit gutem Instinkt die allgemeine Stimmung unter den Arbeitern und Soldaten, die eine Einheit der Arbeiterparteien herbeisehten. Am Mittag des 10. November hatten sich SPD und USPD auf eine gemeinsame Regierung geeinigt, die nun aus je 3 Vertretern beider Parteien bestand. In der turbulenten Vollversammlung im Zirkus Busch wurde dann von den Delegierten die Regierung in der Form des Rats der Volksbeauftragten gewählt. Friedrich Ebert war nun nicht mehr Reichskanzler, sondern oberster Volksbeauftragter.

Karl Liebknecht lehnte es ab, in diese Regierung einzutreten, ein schwerer sektiererischer Fehler, denn damit verlor er jegliche Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik des Rats der Volksbeauftragten. Auch viele Arbeiter konnten diese Reaktion Liebknechts nicht verstehen. Als Liebknecht zur Rede anhub, wurde er zunächst freundlich mit Beifall begrüßt, als er dann aber Ebert und die SPD scharf angriff, wurde er mit dem Ruf nach „Einheit“ niedergeschrien.

Das am 10. November Geschehene leitete eine Entwicklung ein, die den Verlauf der Revolution in den kommenden Monaten bestimmen sollte.

## ergebnisse und fazit

Die deutsche Novemberrevolution brachte keinen Sozialismus, sondern in ihrem Ergebnis entstand die Weimarer Republik, die 1933 im Faschismus endete. Aber deshalb war sie noch lange keine misslungene Revolution. Ihre wichtigsten Ergebnisse waren u.a.: der Sturz der Monarchie und die Etablierung der Republik mit allgemeinem Wahlrecht, die Trennung von Kirche und Staat, Reformen im Bildungswesen, Gewährung sozialer Rechte für die Lohnarbeitenden und der Achtstundentag. Sie war eine Revolution von unten, getragen von einer spontanen Massenbewegung. Insofern war sie die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland, maßgeblich erreicht durch die Arbeiterbewegung.

Eine Weiterführung zu einer sozialistischen Revolution wie in Sowjetrußland ließ die konkrete Kräftesituation aber nicht zu, da bestanden erhebliche Unterschiede zur Lage im Rußland vom Oktober 1917. Die Linke um Spartakus war viel zu schwach, um die politische Führung in der Revolution zu übernehmen (der Spartakusbund als eigene Organisation hatte sich erst am 11. November 1918 gegründet). Die USPD war zu heterogen und ein zerstrittener Haufen. So bestand die paradoxe Situation, dass mit der SPD eine sich kaum noch als revolutionär verstehende Partei die Führung in der Revolution übernahm. Und dazu gab es kaum eine Alternative, denn die SPD war die einzige gut organisierte und effektiv arbeitende Partei. Da die SPD die sozialistische Revolution nicht anstrebte, ist ihr auch im Nachhinein nicht vorzuwerfen, dass sie diese verraten habe. Was ihrer Führung vorzuwerfen ist, dass sie die Machtpositionen der alten Eliten in Militär, Justiz und Verwaltung weitgehend unangetastet ließ, dass sie die reaktionären Freikorps und das Militär gegen die Linke einsetzen ließ und die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht billigend in Kauf nahm.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 10. Oktober in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner turnusmäßigen Beratung zusammen. An der Sitzung nahmen als Gäste **Robert Wünsche**, als Mitarbeiter im Landesvorstand vor allem für die Unterstützung der Kreisverbände verantwortlich, sowie der Mitgliederbeauftragte des Kreisverbandes **Eyk Fechner** teil.

Es wurden folgende Schwerpunkte beraten:

- **Robert Wünsche** stellte in einer umfassenden Präsentation eine Analyse der Mitgliederentwicklung im sächsischen Landesverband vor und konzentrierte sich dabei besonders auf den Kreisverband Mittelsachsen. Erfreulich, dass sich die Zahl der Neueintritte in die sächsische LINKE vor allem in den Jahren 2016 und 2017 im Ergebnis der Wahl Trumps zum US-Präsidenten bzw. der Bundestagswahl erheblich gesteigert hat. Wünsche machte aber auch darauf aufmerksam, dass wir weiter schrumpfen und der leicht positive Trend ausschließlich von den Stadtverbänden Chemnitz, Dresden und Leipzig getragen wird. Der Kreisvorstand debattierte über Konsequenzen für die politische Arbeit.
- Die **Auswertung der Beratung mit den Orts- und Basisvorsitzenden** am 18. September in Siebenlehn und der **Regional-konferenz zur Vorbereitung der Mitgliederbefragung und des Mitgliederentscheids** am 1. Oktober in Döbeln. (siehe dazu auf den Seiten -4- und -5-).
- Die **inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Kreisparteitages** am 20. Oktober in Flöha. Der Vorstand wurde über die eingegangenen Kandidaturen für Delegierte zu den Landesparteitagen 2019 und 2020, für den Landesrat sowie zur Bundeswahlversammlung für die Europawahlen. Auf dem Kreisparteitag wird die Kreisvorsitzende **Marika Tändler-Walenta** die vom Kreisvorstand beratenen Schwerpunkte für das Kommunalwahlprogramm des Kreisverbandes vorstellen. Diese werden im Ergebnis der anschließenden Diskussion beschlossen. Auf dem Kreisparteitag werden die Landesvorsitzende **Antje Feiks** und der kulturpolitische Sprecher der Landtagsfraktion **Franz Sodann** sprechen.
- **Anlauf der Unterschriftensammlung zum Volksantrag „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger gemeinsam Lernen“** eines breiten Bündnisses unter Mitarbeit der LINKEN. **Ruth Fritzsche** (Freiberger) und die Vorsitzende des Döbelner Ortsverbandes, **Kerstin Saupe**, berichteten über einen erfolgreichen Start mit bereits fast 100 Unterschriften. Die Ortsverbände sind aufgerufen, sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Für einen erfolgreichen Volksantrag werden 40.000 Unterschriften benötigt.

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im november 2018 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

<b>INGEBURG GROSSER</b>	geb. am 05.11.1924,	in	Frankenberg/Sa.
<b>WALLY HARTMANN</b>	geb. am 05.11.1936,	in	Zettlitz
<b>JUTTA TEICHMANN</b>	geb. am 06.11.1931,	in	Burgstädt
<b>LYDIA RAPPRICH</b>	geb. am 09.11.1924,	in	Brand-Erbisdorf
<b>BRIGITTE SEIFERT</b>	geb. am 10.11.1935,	in	Brand-Erbisdorf
<b>MAGDALENA SCHULZE</b>	geb. am 12.11.1928,	in	Hainichen
<b>ERHARD KÖHN</b>	geb. am 13.11.1936,	in	Zettlitz
<b>SONJA KLUSKA</b>	geb. am 18.11.1928,	in	Waldheim
<b>CHRISTA AUERBACH</b>	geb. am 19.11.1935,	in	Niederwiesa
<b>ANGELIKA SCHUBERT</b>	geb. am 24.11.1948,	in	Großhartmannsdorf
<b>WERNER TEICHMANN</b>	geb. am 25.11.1926,	in	Burgstädt
<b>GERTRAUD DIETEL</b>	geb. am 25.11.1935,	in	Döbeln
<b>VOLKMAR RICHTER</b>	geb. am 28.11.1953,	in	Döbeln

**In eigener Sache:** An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir diese Liste künftig eigentlich nur bei Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) erscheinen wollen, bittet die Redaktion um Information.

jahrestage im november 2018

**21.11. 1768** Friedrich Schleiermacher (Theologe und Philosoph) in Breslau geboren.

**03.11. 1918:** Matrosenaufstand in Kiel. In wenigen Tagen verbreiten sich die revolutionären Unruhen über die Städte des Deutschen Reiches. Am 7. November proklamiert Kurt Eisner den Freistaat Bayern. Gründung der KP Deutsch-Österreichs (erste KP in Westeuropa).

**09.11. 1918:** Die Novemberrevolution erreicht die Reichshauptstadt. Die Republik wird proklamiert.

**11.11. 1918:** Der Waffenstillstand von Compiègne beendet den Ersten Weltkrieg.

**04.11. 1928:** Reichsgründungskongress des Bundes der Freunde der Sowjetunion in Berlin.

**09.11. 1938:** Das NS-Regime inszeniert Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung, die als „Reichskristallnacht“ beschönigt wird.

**28.11. 1943:** Konferenz von Teheran. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition beraten bis 1. Dezember über die Koordinierung der Kriegsführung und die Zusammenarbeit nach dem Krieg.

**12.11. 1948:** Am Generalstreik in der amerikanischen und britischen Zone beteiligen sich neun Millionen Arbeiter und Angestellte.

**09.11. 1953:** Kambodscha wird die Unabhängigkeit gewährt.

**03./04.11 1963:** Die DDR verkündet ihr Chemie-

programm, das unter der Losung „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“ steht.

**27.11. 1963:** In einer Note fordert die Sowjetunion, West-Berlin binnen sechs Monaten in eine entmilitarisierte Freie Stadt umzuwandeln. Das Ultimatum führt zur zweiten Berlin-Krise.

**26.11. 1973:** Die UN-Vollversammlung billigt die Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

**11.11. 1988:** Bundestagspräsident Jenninger muss seinen Rücktritt erklären.

**19.11. 1988:** Verbot der sowjetischen Monatszeitung „Sputnik“ in der DDR.

**01.11. 1993:** Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages wird aus der bisherigen Europäischen Gemeinschaft (EG) die Europäische Union (EU).

**03.11. 2008:** In Hessen scheitert der Versuch, eine von der LINKEN tolerierte SPD-Regierung zu bilden.

**04.11. 2008:** Barack Obama wird als erster Afroamerikaner Präsident der USA.

**21.11. 2013:** In der Ukraine beginnen Proteste, die als Euro-Maidan bezeichnet werden. Auslöser ist die Nichtunterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU.

## terminübersicht

### oktober 2018:

- 20.10. 10:00 Uhr **Kreisparteitag**  
Alte Baumwolle Flöha, Stadtsaal
- 20.10. 10:00 Uhr Klimaschutzkonferenz zur Wirtschafts- und Energiepolitik  
Felsenkeller Leipzig, Karl-Heine-Str. 32

### november 2018:

- 02./03.11. Linker Kommunalkongress 2018  
Berlin, Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Str. 2-9
- 07.11. 14:00 Uhr Beratung des Wahlstabes  
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle, Lange Straße
- 13.11. „Lust auf Stadtrat“  
Veranstaltung im Jugendhaus Roßwein
- 14.11. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes  
Bürgerbüro Döbeln, Bahnhofstraße

## jana pinka auf ökotour in zwönitz

Im Rahmen ihrer Ökotour war die umwelt- und ressourcenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der LINKEN kürzlich in Zwönitz zu Gast. Organisiert hatten den Tag erneut Barbara Drechsel, Stadträtin und Vorsitzende des Ortsverbandes DIE LINKE Stollberg und Umgebung, Gudrun Schumann, Vorsitzende des Ortsverbandes DIE LINKE Zwönitz, der Zwönitzer Genosse Lutz Schneider, Janas Mitarbeiterin Kerstin Ufer sowie Regionalmitarbeiter Nico Zimmermann. Zunächst begrüßten die Genossinnen und Genossen im Mehrgenerationenhaus der Stadt 15 Mädchen und Jungen der Johanniter-KITA „Sonnenschein“. Wie bereits zu den vorherigen Tourterminen standen die Insekten, die unseren Schutz und unsere Fürsorge dringend benötigen, im Mittelpunkt aller Aktivitäten. Anschließend besuchte Jana Pinka die 2014 bis 2016 sanierte Mülldeponie in Lenkersdorf. Gemeinsam mit einer Bürgerinitiative und ihrem Landtagskollegen Klaus Tischendorf hatte sie sich in den Jahren zuvor für die Sanierung der Deponie stark gemacht. Zwei Kolleginnen vom Referat Umwelt und Forst, Sachgebiet Abfallrecht, Altlasten, Bodenschutz beim Landratsamt Erzgebirgskreis, gingen mit den Besuchern auf und einmal um die Deponie. Sie erläuterten sehr umfassend die Entwicklung und das regelmäßige Monitoring des komplizierten Systems der Deponie. Über das Wiedersehen mit Horst Ritter und Wolfgang Böttcher von der ehemaligen Bürgerinitiative freute sich Jana Pinka ganz besonders. (ku)



Horst Ritter (2.v.l.) und Wolfgang Böttcher (2.v.r.) von der damaligen Bürgerinitiative freuten sich über das Wiedersehen mit Jana Pinka. Im Bild mit Kreistagsmitglied Barbara Drechsel und dem Regionalmitarbeiter der Landtagsfraktion Nico Zimmermann.

## spendenscheck an jugendtheater mittelsachsen



Das Spendengeld soll für die weitere anspruchsvolle Projektarbeit des Jugendtheaters Mittelsachsen verwendet werden. Mit MdL Dr. Jana Pinka (3.v.l.) im Bild: der neue JTM-Chef Maximilian Sterba (3.v.r.), das Duo „Zitherklang“ - Birgit Weber und Tobias Duteloff (Mitte) sowie Mitglieder des Jugendtheaters Mittelsachsen.

Mitte September erfolgte die angekündigte Spendenscheckübergabe an das Jugendtheater Mittelsachsen (JTM) durch die sächsische Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka (Linke). Maximilian Sterba als neuer Leiter sowie zahlreiche Vertreter des Ensembles hatten sich vor dem Mittelsächsischen Theater Freiberg zur Übergabe eingefunden. Mit dabei waren zudem die Freiburger Zither-Musiker Birgit Weber und Tobias Duteloff - das Duo „Zitherklang“. Sie waren es, die im Rahmen der Sommer(Kultur)tour der Landtagsabgeordneten auf einem Benefizkonzert im August 100 Euro Spendengeld erpielten, das von Dr. Jana Pinka noch verdoppelt wurde, um es an junge Freiburger Künstlerinnen und Künstler weiterzureichen. Die Wahl fiel dabei auf das Jugendtheater Mittelsachsen.

Die 38 Jugendlichen des Ensembles arbeiten derzeit an drei neuen Stücken. Eines davon beschäftigt sich mit Geschichten und Sagen aus Mittelsachsen und soll im nächsten Sommer uraufgeführt werden. „Die Verbindung von Soziokultur und Hochkultur ist mir sehr wichtig. Das JTM leistet seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag zur Kinder- und Jugendarbeit, zur Vernetzung von Kultur und Schule sowie zur Talentförderung in Mittelsachsen. Ebenso bietet die Arbeit im JTM den jungen Menschen eine sehr gute Möglichkeit zur sinnvollen Freizeitgestaltung, zum Knüpfen sozialer Kontakte und zur Integration“, begründete Dr. Jana Pinka ihre Entscheidung. Sie wünschte dem Ensemble und dessen neuen Leiter viel Erfolg bei der Umsetzung der anspruchsvollen Pläne und Vorhaben und natürlich viel Applaus als Lohn für die Arbeit der jungen Künstlerinnen und Künstler. Das Duo Zitherklang schloss sich diesen Wünschen gern an und hofft, dass auch ihr Instrument bei der jungen Generation mehr Bekanntheit und Interesse erfährt. (ku)

**Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren teuren Verstorbenen**

**CHRISTIAN GLATTE aus Burgstädt**

**Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.**